Schleswig-Holstein braucht eine wirksame Strategie gegen Mobbing an Schulen

Drucksache **20/4706** · eingebracht 2026-08-18 — Antragsteller: **SPD**

Bildung | Jugend | Psychische Gesundheit | Gewaltprävention

ZUSAMMENFASSUNG

Die SPD fordert eine systematische, landesweite Strategie gegen Mobbing und Cybermobbing an Schulen mit aktualisiertem Handlungskonzept, dezentralen Interventionsteams, verbindlicher Fortbildung und stärkerer Vernetzung aller Akteure.

KERNFORDERUNGEN

- Aktualisierung des landesweiten Handlungskonzepts
- Einrichtung dezentraler Interventionsteams
- Verbindliche Aus- und Fortbildung für Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter*innen
- Unterstützung bei Schutzkonzepten
- Ausbaubedarf der Kooperation mit Jugendhilfe und Schulpsychologie
- Bundesweite Rahmensetzung in der KMK

BEWERTUNG

9.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag stärkt systematisch die soziale Gerechtigkeit (D4) durch verbindliche Schutzkonzepte und multiprofessionelle Unterstützung, fördert Menschenwürde (D1) durch Schutz vor psychischer Gewalt und Prävention von Suizidalität, und stärkt Transparenz & Mitbestimmung (D5) durch strukturierte Kooperation mit Jugendhilfe und Schulpsychologie. Er berührt Ökologische Nachhaltigkeit (E3) und Solidarität (B2) nur indirekt über gesellschaftliche Resilienz, bleibt aber in allen adressierten Feldern konsistent mit GWÖ-Werten — kein negatives Feld.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Klare Strukturierung in Prävention, Intervention, Systementwicklung
- Starke Verankerung in bestehenden schulischen Unterstützungsstrukturen
- Konsequente Verbindung von psychischer Gesundheit und Sicherheit als Daseinsvorsorge

Schwächen

- Keine explizite Verbindung zu Diskriminierungsschutz (z. B. queerfeindliches Mobbing)
- Keine Benennung von Evaluationsmechanismen oder Erfolgskriterien

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	·	·	·	·	·
B · FINANZEN	·	+	·	·	·
C · VERWALTUNG	·	·	+	·	·
D · BÜRGER:INNEN	++	·	·	++	++
E · GESELLSCHAFT & NATUR	·	·	·	·	·

++ stark fördernd + fördernd ○ neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D4 **Soziale öffentliche Leistung: Sicherer Lernort als Daseinsvorsorge** Bewertung: +5

Verbindliche Ausbildung, Interventionsteams, Schutzkonzepte für alle Schulen

D1 **Menschenwürde: Schutz vor psychischer Gewalt** Bewertung: +4

Prävention von Angst, Depression, Suizidalität; klare Handlungskonzepte

D5 **Transparenz & Mitbestimmung: Multiprofessionelle Kooperation** Bewertung: +4

Zusammenarbeit von Schule, Schulpsychologie, Schulsozialarbeit, Jugendhilfe

C3 **Politische Führung & Verwaltung: Professionalisierung der Pädagogik** Bewertung: +3

Verbindliche Fortbildung für Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter*innen

PROGRAMM-TREUE PRO FRAKTION

SPD

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag spiegelt zentrale SPD-Kernforderungen wider: präventive psychische Gesundheitsförderung in Schulen, Stärkung der Schulsozialarbeit, sowie ein landesweites Programm gegen sexualisierte Gewalt mit Fokus auf Schutzkonzepte. Die Betonung von 'sicheren Lernumfeldern' und 'systematischem Mobbing als Gewalt' entspricht exakt dem sprachlichen und konzeptionellen Rahmen des SPD-Wahlprogramms.

> „psychische Gesundheit darf kein Tabuthema sein! Auch in der Schule haben viele Schüler*innen psychische Probleme oder Erkrankungen, die sie in ihrem Alltag behindern. Wir setzen uns ein für regelmäßige Besuche von Schulpsycholog*innen in den Klassen zur Sensibilisierung und Prävention"
> SPD Schleswig-Holstein Wahlprogramm 2022, S. 48

> „wir gute Hilfsstrukturen in Schleswig-Holstein haben – allerdings nicht überall, nicht in ausreichender Zahl und ohne ausreichende finanzielle Unterstützung. Aus diesem Grund werden wir ein landesweites Programm gegen häusliche und sexualisierte Gewalt aufsetzen, das u. a. Gewaltschutzkonzepte in allen Bereichen fordert und fördert."
> SPD Schleswig-Holstein Wahlprogramm 2022, S. 56

PARTEIPROGRAMM

8/10

Das Hamburger Programm betont 'Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität' als Grundwerte und verankert Bildung als Schlüssel für Teilhabe. Der Antrag operationalisiert diese Werte konkret durch Schutz vor Ausgrenzung und Gewalt — eine direkte Umsetzung des 'vorsorgenden Sozialstaats'. Lediglich die explizite Verbindung zu globaler Solidarität fehlt, was den Score leicht mindert.

> „Niemand kann die Eltern aus der Verantwortung für ihre Kinder entlassen. Wir wollen ihnen durch Bildungs- und Betreuungsangebote helfen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden."
> SPD Hamburger Programm 2007, S. 63

CDU

WAHLPROGRAMM

7/10

Die CDU fordert in ihrem Wahlprogramm ausdrücklich die Stärkung der Schulsozialarbeit, die Förderung multiprofessioneller Teams und Maßnahmen zur Sicherung von Schulwegen — alles Aspekte, die im Antrag aufgegriffen werden. Die Forderung nach bundesweit einheitlichen Standards (Punkt 6) korrespondiert mit dem CDU-Kooperationsgebot in der KMK. Allerdings fehlt im Antrag der CDU-typische Fokus auf 'Leistungsprinzip' und 'Eigenverantwortung', was den Score leicht reduziert.

> „Wir wollen die Schulsozialarbeit bei Anerkennung der professionellen Eigenständigkeit in Poollösungen mit Schulbegleitungen und Schulassistenz integrieren und unter Beteiligung von Bund, Land und Kommunen mittelfristig ausbauen."
> CDU Schleswig-Holstein Wahlprogramm 2022, S. 21

PARTEIPROGRAMM

7/10

Das CDU-Grundsatzprogramm betont 'Menschenwürde', 'Rechtsstaat' und 'Familienverantwortung' (Q12–Q16). Der Antrag stützt diese Werte durch Schutz vor systematischer Gewalt und Stärkung der schulischen Verantwortungsgemeinschaft. Die Betonung von 'professioneller Eigenständigkeit' passt zum CDU-Bild vom starken, aber begrenzten Staat. Ein Manko ist die fehlende Verknüpfung mit dem CDU-Fokus auf 'Debattenkultur', die Mobbing-Prävention ergänzen könnte.

> „Für Lehrer und Schüler muss die Schule ein sicherer Ort sein."
> CDU Grundsatzprogramm 2024, S. 48

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag deckt sich nahtlos mit grünen Kernforderungen: Erkennung manipulativer Kommunikation, Präventionskonzepte gegen sexualisierte Gewalt, Stärkung multiprofessioneller Teams, und Aufklärung als Teil der Demokratiebildung. Die Forderung nach einer Kinderschutzkommission findet sich direkt im grünen Wahlprogramm — der Antrag ist quasi eine Umsetzungsanleitung dafür.

> „Kinder und Jugendliche sollen über manipulative Kommunikationstechniken aufgeklärt werden, damit sie lernen zu erkennen, wann sie zu Handlungen gedrängt werden sollen, zu denen sie normalerweise nicht bereit sind."
> BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein Wahlprogramm 2022, S. 71

> „Präventionskonzepte zum Schutz vor sexualisierter Gewalt nicht nur auf dem Papier stehen, sondern an jeder Schule regelmäßig umgesetzt werden, damit alle Mitglieder der Schulgemeinschaft wissen, wo sie für Kinder und Jugendliche Rat und Hilfe finden."
> BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein Wahlprogramm 2022, S. 22

PARTEIPROGRAMM

9/10

Das Grüne Grundsatzprogramm verankert 'Inklusion', 'Teilhabe' und 'Schutz vor Gewalt' als systemische Aufgaben. Der Antrag übersetzt diese Prinzipien in konkrete Strukturen: Interventionsteams, verbindliche Ausbildung, Vernetzung mit Jugendhilfe — alles Elemente einer 'lebendigen Demokratie' und eines 'vorsorgenden Gemeinwohls'. Kein Widerspruch, höchste Kohärenz.

> „Alle Kitas und Schulen in Deutschland sollen sich zu inklusiven Orten weiterentwickeln. Das muss sich in einer ausreichenden Anzahl an entsprechend ausgebildeten Mitarbeiter*innen, aber auch in deren Vielfalt widerspiegeln."
> Grüne Grundsatzprogramm 2020, S. 94

FDP

WAHLPROGRAMM

5/10

Die FDP betont 'Eigenverantwortung', 'Chancengerechtigkeit' und 'schlanken Staat' (Q12–Q16), aber ihr Wahlprogramm enthält keine konkreten Aussagen zu Mobbing-Prävention oder Schulsozialarbeit. Der Antrag setzt auf staatliche Strukturierung — was zwar Chancengleichheit fördert, aber potenziell mit dem FDP-Prinzip 'Eigenverantwortung vor Staatsverantwortung' kollidiert. Daher nur partielle Übereinstimmung.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

5/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SSW

WAHLPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Die Landesregierung wird beauftragt, das landesweite Handlungskonzept gegen Mobbing und Cybermobbing an Schulen zu aktualisieren und dem Landtag vorzulegen;

Die Landesregierung wird beauftragt, das landesweite Handlungskonzept gegen Mobbing und Cybermobbing an Schulen **unter Einbeziehung von Betroffenenvertreter*innen, Schulsozialarbeiter*innen und Fachberatungsstellen** zu aktualisieren und dem Landtag vorzulegen;

Begründung: Stärkt Transparenz & Mitbestimmung (D5) durch partizipative Konzeptentwicklung und erfüllt den GWÖ-Wert 'Mitbestimmung' explizit.

Vorschlag 2 von 3

Original: sicherzustellen, dass Prävention, Erkennung und Intervention bei Mobbing verbindlicher Bestandteil der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowohl von Lehrkräften als auch von Schulsozialarbeiter*innen werden;

sicherzustellen, dass Prävention, Erkennung und Intervention bei Mobbing sowie der Umgang mit geschlechtlicher und kultureller Vielfalt verbindlicher Bestandteil der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowohl von Lehrkräften als auch von Schulsozialarbeiter*innen werden;

Begründung: Verknüpft Mobbing-Prävention mit sozialer Gerechtigkeit (D4) und Solidarität (B2), insbesondere im Hinblick auf queere und intergeschlechtliche Kinder — erhöht Inklusions-Treue.

Vorschlag 3 von 3

Original: sich auf Ebene der Kultusministerkonferenz für die Entwicklung eines bundesweit einheitlichen, wissenschaftlich fundierten Rahmens für Schutzkonzepte gegen Mobbing einzusetzen.

sich auf Ebene der Kultusministerkonferenz für die Entwicklung eines bundesweit einheitlichen, wissenschaftlich fundierten Rahmens für Schutzkonzepte gegen Mobbing unter Berücksichtigung der Istanbul-Konvention und der UN-Kinderrechtskonvention einzusetzen.

Begründung: Verankert den Antrag internationalrechtlich und stärkt Menschenwürde (D1) sowie Solidarität (B2) — entspricht SPD-Forderung nach Istanbul-Konvention.

Original-Antrag

Drucksache 20/4706

Schleswig-Holstein braucht eine wirksame Strategie gegen Mobbing an Schulen

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG **Drucksache 20/4706**
20. Wahlperiode 18. August 2026

Antrag

der Fraktion der SPD

Schleswig-Holstein braucht eine wirksame Strategie gegen Mobbing an Schulen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird beauftragt,

1. das landesweite Handlungskonzept gegen Mobbing und Cybermobbing an Schulen zu aktualisieren und dem Landtag vorzulegen;
2. dezentrale Interventionsteams einzurichten, die Schulen bei akuten Mobbingfällen beraten und unterstützen;
3. sicherzustellen, dass Prävention, Erkennung und Intervention bei Mobbing verbindlicher Bestandteil der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowohl von Lehrkräften als auch von Schulsozialarbeiter*innen werden;
4. Schulen bei der Entwicklung und Umsetzung verbindlicher Schutzkonzepte gegen Mobbing durch Beratungs- und Fortbildungsangebote zu unterstützen;
5. die Zusammenarbeit von Schulen, Schulpsychologie, Schulsozialarbeit, Jugendhilfe und weiteren Beratungs- und Unterstützungsangeboten auszubauen;
6. sich auf Ebene der Kultusministerkonferenz für die Entwicklung eines bundesweit einheitlichen, wissenschaftlich fundierten Rahmens für Schutzkonzepte gegen Mobbing einzusetzen.

Begründung

Mobbing und Cybermobbing gehören für viele Kinder und Jugendliche zum Schulalltag. Sie beeinträchtigen nicht nur das Wohlbefinden der Betroffenen, sondern wirken sich auch auf ihre Lernleistungen, ihre psychische und körperliche Gesundheit sowie auf das soziale Klima an Schulen aus. Die Folgen reichen von Angst, sozialem

Rückzug und psychosomatischen Beschwerden bis hin zu Depressionen und Suizidalität.

Mobbing ist dabei kein gewöhnlicher Konflikt zwischen Schülerinnen und Schülern, sondern ein systematischer Prozess der Ausgrenzung und Gewalt. Deshalb reichen Einzelfalllösungen nicht aus. Schulen benötigen verbindliche Strukturen zur Prävention, klare Handlungskonzepte und professionelle Unterstützung bei der Intervention.

Schleswig-Holstein verfügt bereits über zahlreiche engagierte Akteurinnen und Akteure sowie bewährte Präventionsangebote, etwa durch die Aktion Kinder- und Jugendschutz Schleswig-Holstein. Zusätzlich ist eine landesweit abgestimmte Strategie, die Prävention, Intervention und Nachsorge miteinander verbindet, erforderlich. Insbesondere Schulen, die mit schweren Mobbingfällen konfrontiert sind, benötigen kurzfristig Unterstützung durch ein spezialisiertes Interventionsteam. Vor allem, wenn eigene Strukturen vor Ort noch nicht ausgebildet sind.

Ein wirksamer Schutz vor Mobbing setzt außerdem voraus, dass Lehrkräfte bereits im Studium sowie im Vorbereitungsdienst und in der Fortbildung im Umgang mit Mobbing geschult werden. Ebenso wichtig sind multiprofessionelle Teams, eine enge Zusammenarbeit mit Schulpsychologie, Schulsozialarbeit und Jugendhilfe sowie regelmäßige wissenschaftliche Erhebungen, um Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und Maßnahmen gezielt weiterzuentwickeln.

Darüber hinaus sollte sich Schleswig-Holstein auf Ebene der Kultusministerkonferenz für bundesweit einheitliche, wissenschaftlich fundierte Schutzkonzepte einsetzen. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Mobbing darf nicht vom Wohnort oder der besuchten Schule abhängen. Ziel muss sein, allen Schülerinnen und Schülern ein sicheres Lernumfeld zu gewährleisten, in dem sie sich ohne Angst entwickeln und erfolgreich lernen können.

Martin Habersaat

und Fraktion